



SP Oberwallis
Postfach 616
3900 Brig
spo@rhone.ch / www.spoberwallis.ch

Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
Rue des Casernes 40
1950 Sitten

Brig, den 28. Mai 2021

Stellungnahme zum Vorentwurf der Teilrevision des Gesetzes über den Zivilschutz

Sehr geehrten Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 8. März 2021 bezüglich des Vorentwurfs der Teilrevision des Gesetzes über den Zivilschutz.

Wir begrüssen die Integration des hauptberuflichen Personals der ZSO in das Personal des Staates. Diese Integration erleichtert die administrative Abwicklung von Ernennungen und Lohnabwicklungen. Die Ernennung von Personen durch die Standortgemeinden, ohne dass diese den Standortgemeinden subordiniert sind, ist nicht sachdienlich, da die Standortgemeinden keine Aufsichtspflichten wahrnehmen müssen.

Wir stellen jedoch fest, dass der Antreiber der Reorganisation der 6 dezentralen ZSO in nur mehr 3 Regionen finanzieller Natur ist. Zudem ist die heutige Organisation in 6 dezentrale ZSO gerade mal 8 Jahre alt und funktioniert bestens. Entgegen dem erläuternden Bericht berücksichtigt die Organisation nach Wirtschaftsregionen die Topographie des Kantons gerade nicht. Das ZSO Oberwallis alleine hätte sich mit 63 Gemeinden zu koordinieren und den Bevölkerungsschutz auf mehr als die Hälfte des Walliser Territoriums sicher zu stellen. Im Hinblick auf die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Naturgefahrenereignissen (Stichwort: Klimaerwärmung) ist die Kostenreduktion in der SZO der falsche Weg.

Gemäss erläuterndem Bericht belaufen sich die Spezialfonds der Gemeinden auf zirka 100 Millionen Franken, die durch das Inkasso der Ersatzbeiträge bis 2012 gefüttert worden sind. Diese Fonds wurden beibehalten und die Verwendung dieser Gelder sind weiterhin geregelt (AZV). Es besteht in keiner Art und Weise ein derartiger Spardruck, um die Organisation der ZSO auf den Kopf zu stellen, die bis dato gut funktioniert.

Es stellt sich die Frage, warum die Spezialfonds der Gemeinden nicht auch gerade kantonalisiert werden. Wenn es keine Leistungsaufträge gibt und der Kanton den Auftrag über die DZSM/KAZS den ZSO festlegt, verlieren die Gemeinden ihr Mitspracherecht. Die Mitfinanzierung durch die Gemeinden ohne Mitspracherecht scheint uns problematisch.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Argumente und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Im Namen der SP Oberwallis

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Alpiger'.

Claudia Alpiger
Co-Präsidentin